Europe.Table

#1009 / 20. August 2025

News

Nachhaltigkeitsberichterstattung: Warum die EZB ihre Omnibus-Kritik bekräftigt

Der Europäischen Zentralbank (EZB) fehlt es an Daten über die Risiken emissionsintensiver Unternehmen. Dies schrieb ihre Präsidentin Christine Lagarde vergangenen Freitag in ihrer Antwort auf eine Anfrage von fünf Europaabgeordneten. Die Politiker aus Fraktionen von der EVP bis zur Linken wollten wissen, warum die EZB bereits 2022 angekündigte Begrenzungen für Sicherheiten von emissionsintensiven Unternehmen bislang nicht umgesetzt hat.

Lagardes Antwort: Es sei nicht möglich, den Anteil solcher Sicherheiten ohne verlässliche und konsistente Nachhaltigkeitsinformationen wirksam zu begrenzen. Zu solchen Daten gehören etwa unternehmensspezifische Emissionen. Die Einführung eines „Klimafaktors“, die für 2026 angekündigt ist, sei ein alternatives Instrument.

Sie warnte vor einer Schwächung der Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) und der unternehmerischen Sorgfaltspflichten (CSDDD). Dies könne das Eurosystem gefährden, schrieb Lagarde. Preisstabilität – das Mandat der EZB – sei auf hochwertige Nachhaltigkeitsinformationen angewiesen, um Risiken bewerten zu können. Insbesondere die geplante Einschränkung des

CSRD-Anwendungsbereichs auf besonders große Unternehmen würde diese Basis schwächen und die Umsetzung geldpolitischer Maßnahmen erschweren.

Die Entscheidung über die Position des Europäischen Parlaments zum Nachhaltigkeits-Omnibus und den Schwellenwerten soll bis Mitte Oktober vorliegen. Auf dem Tisch liegt der Vorschlag der EVP-Fraktion für eine Anhebung der Schwelle auf 3.000 Beschäftigte, der vielfach als Verwässerung kritisiert wird. Aktuell diskutiert werden auch Ansätze eines zweistufigen Systems. Dazu zählt ein Vorschlag der Renew-Fraktion, nach dem Unternehmen mit 500 bis 1.000 Beschäftigten reduzierte Berichtspflichten hätten. Diesen Ansatz hat die EZB im Mai begrüßt. *Ferdinand Fröhlich*